



P2+Fraktion im Landkreis Göttingen,
Reinhäuser Landstraße 4, 37083 Göttingen

Göttingen, 10.06.2021

Resolution für den Kreisausschuss am 13. Juli und den Kreistag am 14. Juli 2021:

„Klimaschutzgesetz 2021 - Nachbesserungen reichen nicht aus“

Der Kreisausschuss möge empfehlen und der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag Göttingen erklärt die Novelle des Klimaschutzgesetzes 2021 für nicht ausreichend und appelliert an die Bundesregierung, das Gesetz in der Form nachzuschärfen, dass eine Klimaneutralität 2030 als Ziel gesetzt wird und jetzt konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels festgelegt werden.

Begründung:

Die vom Bundeskabinett in der Novelle des Klimaschutzgesetzes beschlossenen Klimaziele sehen bis 2030 eine Kürzung des Treibhausgas-Ausstoßes um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 vor. Bis 2040 sollen die Treibhausgasemissionen dann um 88 Prozent sinken, im Jahr 2045 soll Klimaneutralität erreicht werden. Das sind die zentralen Eckpfeiler des neuen Klimaschutzgesetzes.

Trotz des Urteils des Verfassungsgerichts jedoch, fehlen auch in dieser Novelle wieder konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Ziele. Darüber hinaus kommen Experten, wie etwa der Weltklimarat IPCC, zu dem Schluß, dass 2045 viel zu spät kommt. Um das 1,5 Grad Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen muss eine Klimaneutralität schon 2030 bzw. spätestens 2035 anvisiert werden.

Alle zurzeit vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass ein Erreichen der Klimaziele erst 2045 konkret bedeutet das Klimaziel zu verfehlen.

Dr. Mohan Ramaswamy Rieke Wolters

Hans Georg Schwedhelm

